

**Niederschrift  
über die Sitzung des 12. Stadtbau- und Umweltausschusses**

|                     |                         |
|---------------------|-------------------------|
| <b>Sitzung am :</b> | Montag, den 30.11.2020  |
| <b>Sitzungsort:</b> | Festhalle, Kleiner Saal |

**Beginn:** 16:30 Uhr **Ende:** 18:40 Uhr

**Anwesenheit:**

| <b>Name</b> | <b>Bemerkung</b> |
|-------------|------------------|
|-------------|------------------|

**Vorsitzende**

Frau Kerstin Wolf

**Stimmberechtigtes Mitglied**

Herr Dieter Blechschmidt  
Herr Stefan Golle  
Herr Klaus Jäger  
Herr Mirko Rust  
Herr Thomas Salzmann  
Herr Gerald Schumann  
Herr Bernd Stubenrauch

**Beratendes Mitglied**

Herr Felix Albert  
Herr Wolfgang Alboth  
Herr Tom Götz  
Herr Thomas Hoyer  
Herr Dieter Rappenhöner  
Herr Torsten Roscher  
Frau Alice Schubert

**Stellvertretendes Mitglied**

|                       |                                             |
|-----------------------|---------------------------------------------|
| Herr Sven Gerbeth     | Vertretung für<br>Herrn Thomas Haubenreißer |
| Herr Danny Przisambor | Vertretung für Herrn Oliver Bittmann        |

**Abwesende:**

| <b>Name</b>                       | <b>Bemerkung</b>      |
|-----------------------------------|-----------------------|
| <b>Stimmberechtigtes Mitglied</b> |                       |
| Herr Oliver Bittmann              | entschuldigt abwesend |
| Herr Thomas Haubenreißer          | entschuldigt abwesend |

**Beratendes Mitglied**

|                        |                       |
|------------------------|-----------------------|
| Herr Wolfgang Schobert | entschuldigt abwesend |
|------------------------|-----------------------|

**Mitglieder der Verwaltung**

| <b>Name</b>          | <b>Funktion</b>                           | <b>Anwesenheitsgrund</b> |
|----------------------|-------------------------------------------|--------------------------|
| Herr Gerd Steffen    | GF Regionalverb. Vogtl. Kleingärtner e.V. | TOP 3                    |
| Frau Evelyn Schramm  | FGL Straßenverkehrsbehörde                | alle TOP                 |
| Herr Markus Löffler  | FGL Stadtplanung und Umwelt               | alle TOP                 |
| Herr Axel Markert    | Eigenbetrieb GAV                          | alle TOP                 |
| Herr Steffen Ullmann | FGL Tiefbau                               | TOP 4.1                  |

**Tagesordnung:**  
**öffentlicher Teil:**

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 10. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 05.10.2020
- 1.3. Beantwortung von Anfragen
- 1.4. Informationen der Bürgermeisterin
2. Information über den aktuellen Stand der Bauarbeiten am Nord-West-Flügel Rathaus
3. Information der ersten Umsetzungsschritte des Kleingartenkonzeptes
4. Information
- 4.1. Information zu Straßenbaumaßnahmen 2021 des Fachgebietes Tiefbau  
***Drucksachennummer: 0289/2020***
5. Vorberatung
- 5.1. Verlängerung der Sanierungsgebiete „Plauen-Altstadt“ und „Östliche Bahnhofsvorstadt“  
***Drucksachennummer: 0287/2020***
6. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

## **1. Eröffnung der Sitzung**

Die 12. öffentliche Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses wird durch die Vorsitzende, Frau Bürgermeisterin Wolf, durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Für die Mitunterzeichnung der Niederschrift werden die Stadträte Mirko Rust, AfD-Fraktion, und Danny Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion vorgeschlagen und bestätigt.

### **1.1. Tagesordnung**

Die Tagesordnung über den öffentlichen Teil wird bestätigt.

### **1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 10. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 05.10.2020**

Frau Bürgermeisterin Wolf stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 10. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 05.10.2020 fest.

### **1.3. Beantwortung von Anfragen**

Hinsichtlich der noch offenen Anfrage des Stadtrates Blechschmidt verweist Frau Bürgermeisterin Wolf auf die Zuständigkeit des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr, welches angeschrieben wurde. Die Antwort steht jedoch noch aus.

Die beiden Anfragen von Frau Schubert, sachkundige Einwohnerin auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE, wurden schriftlich beantwortet und gehen ihr in den nächsten Tagen zu.

### **1.4. Informationen der Bürgermeisterin**

Die Bürgermeisterin hat keine weiteren Informationen.

## **2. Information über den aktuellen Stand der Bauarbeiten am Nord-West-Flügel Rathaus**

Herr Markert, Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung, informiert über den Stand der Bauarbeiten am Nord-West-Flügel des Rathauses. Derzeit werden z. B. die Glasscheiben eingebaut.

Er informiert darüber hinaus über die Kostenentwicklung wie folgt:

Ursprünglich war man von einer Kostenberechnung von ca. 9,95 Mio. EUR ausgegangen, davon sind ca. 7 Mio. EUR Fördermittel. Die aktuellen Gesamtkosten liegen bei 13,2 Mio. EUR. In der Folge wurden verschiedene Einsparpotenziale untersucht. Die einzige Maßnahme, die ein tatsächliches Einsparpotenzial in sich birgt, ist der Ausbau des Archives. Durch Löschung dieses Vorhabens kann derzeit von Gesamtkosten von 12,4 Mio. EUR ausgegangen werden.

Die Gründe für die Kostenerhöhung sind vielschichtig. Im Wesentlichen sind dabei Abbrucharbeiten zu nennen, bei denen sich erst während der Arbeiten eine deutlich höhere Schadstoffbelastung offenbarte, als vor Beginn der Arbeiten angenommen. Daneben führte die Neuvergabe der Leistungen an der Schrägfassade zu Mehrkosten. Darüber hinaus musste die Wasserleitung im Kellergeschoss erneuert werden. Alle zusätzlichen Leistungen wirken sich wiederum insgesamt bauzeitverlängernd aus, z. B. auf die Gerüststandzeiten. Die Eröffnung des Nord-West-Flügels soll nach derzeitigem Stand im März 2022 erfolgen.

Abschließend präsentiert Herr Markert einen Entwurf des fertigen Baus.

Herr Rappenhöchner, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, betont, dass die Stadt nicht wirklich Kosten einspart, sondern diese lediglich auf einen späteren Zeitpunkt verschiebe.

Frau Bürgermeisterin Wolf teilt dazu mit, dass die Stadt versucht, eine Aufstockung der Mittel im Förderprogramm SDP „Plauener Mitte“ zu bewirken. Dies ist jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sicher.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, interessiert besonders, ob es trotz denkmalschutzrechtlicher Aspekte die Möglichkeit gibt, den Ratssaal moderner zu gestalten. Er würde sich über eine Vorstellung des künftigen Aussehens des Ratssaales in einem der nächsten Ausschüsse freuen.

Für die Zukunft wünscht sich Herr Blechschmidt im Ratssaal eine parlamentarische Sitzung der Mitglieder im Halbkreis wie man das von Bundes- oder Landtagen kenne.

Darüber hinaus schlägt er vor, besonders interessante bautechnische oder architektonisch wertvolle Details für die Nachwelt zu erhalten, indem man diese restauriert und in Teilen sichtbar macht. Dazu kündigt er einen Antrag seiner Fraktion an.

Herr Markert betont, dass der Ratssaal nach Maßgabe der zuständigen Denkmalschutzbehörde in seiner Erscheinung so bleiben müsse. Jedoch werden die Giebelflächen nunmehr auch verglast, so dass der Saal letztlich doch etwas anders anmuten wird. Darüber hinaus wird die Rolloanlage etwas anders aussehen.

Herr Stadtrat Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, regt eine moderne elektrische/elektronische Ausgestaltung des Ratsaales an, um für eine zukunftsweisende, digitale Nutzung ausgerüstet zu sein.

Herr Markert verweist hierzu auf den neuen Beamer, der eingebaut werden wird, ebenso auf Elektro- und Datenanschlüsse. Eine Versorgung über den Fußboden wird jedoch nicht möglich sein, da der Parkettfußboden nicht beschädigt werden dürfe.

Er erläutert, dass der Saal frei bestuhlbar sein wird, es könne problemlos eine andere Sitzordnung umgesetzt werden.

Herr Stadtrat Rust, AfD-Fraktion, spricht konkret die Problematik der Neuvergabe von Aufträgen an, wenn diese wegen mangelhafter Leistung neu vergeben werden müssten. Er fragt an, was die Stadt konkret unternimmt, um diese Mehrkosten geltend zu machen.

Herr Markert erklärt, dass die Mehrkosten, die durch die Neuvergabe entstanden sind, gerichtlich geltend gemacht werden.

### **3. Information der ersten Umsetzungsschritte des Kleingartenkonzeptes**

Herr Steffen, Geschäftsführer des Regionalverbandes der Vogtländischen Kleingärtner e. V., informiert darüber, dass sich der Leerstand bei den Kleingärten in Plauen auf 3,6 % gesenkt habe. Ein langwieriges Problem stellten dabei jedoch die Gärten dar, die seit mehr als 2 Jahren leer stehen.

Er informiert ferner über ein Projekt in der „Kleingartenanlage August Bebel“, in welcher ein Klimawandellehrgarten geschaffen wurde.

Er verweist darüber hinaus auf andere Gemeinden, die z. B. die schönste Kleingartenanlage prämiieren und regt dies für Plauen an.

In der Anlage „Naturheilverein e. V.“ seien drei Gärten zusammengelegt und ein Tafelgarten errichtet worden.

Es seien teilweise Umnutzungen von Gartenflächen in Pkw-Stellplätze vorgenommen worden. Gleichzeitig seien aber auch schon Kleingärten ausgegliedert worden, um das Überangebot zu senken.

Herr Steffen teilt mit, dass der Mitgliedsbeitrag des Verbandes erhöht wurde – jedoch mit der Maßgabe, diese Gelder zur Unterstützung von Vereinen zu verwenden oder für Rückbaumaßnahmen.

Er verweist auf den Ausbau des Internetauftrittes des Verbandes und auf die Absicht, im nächsten Jahr verstärkt auf Öffentlichkeitsarbeit zu setzen.

Im ersten Halbjahr kommenden Jahres wird ein Aktionsplan für die kommenden zwei Jahre erarbeitet sein. Herr Steffen beabsichtigt, diesen im Rahmen einer Informationsvorlage vorstellen zu dürfen.

Herr Rappenhöhner, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt an, wie mit dauerhaftem Leerstand - auch mit Blick auf die demografische Entwicklung - umgegangen werden soll und wünscht sich vor diesem Hintergrund im nächsten Jahr konkretere Zahlen, wie viele Parzellen leer stehen, wie viele Quadratmeter das sind, etc. Er spricht sich für eine Form des Wettbewerbs unter den Kleingartenanlagen aus und wünscht sich ferner eine Art Pokal, z. B. eine Gartenfee.

Herr Steffen führt hier die Auslagerung von Parzellen und Rückgabe an die Stadt an. Er räumt weiter ein, dass sich die demografische Entwicklung auch auf das Kleingartenwesen auswirken wird.

Herr Stadtrat Schumann, AfD-Fraktion, wünscht sich mehr Aufwendungen in die Werbung für Kleingartenanlagen.

Herr Steffen befürwortet grundsätzlich einen Wettbewerb, z. B. in Form eines Tages des offenen Gartens auf Basis des Bundesverbandes sowie des Landesverbandes.

Frau Schubert, sachkundige Einwohnerin auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE, schlägt als Pokal für die schönste Kleingartenanlage mit Blick auf das Insektensterben eine Biene vor. Sie verweist ferner auf ein Programm der Stadt, welches Rückkehrer ansprechen soll und spricht sich für die Integration der leerstehenden Kleingärten in dieses Programm aus.

Herr Stadtrat Gerbeth, FDP-Fraktion, fragt an, ob die Schaffung weiterer Tafelgärten geplant ist und falls ja, wo.

Herr Steffen teilt mit, dass in Kauschwitz weitere Tafelgärten geplant seien. Grundsätzlich sei auch für die nächsten Jahre eine Erweiterung angedacht.

Herr Stadtrat Rust, AfD-Fraktion, möchte wissen, ob in die Zahlen auch die Gartenanlage, welche für den Neubau der Turnhalle am Lessing-Gymnasium hat weichen müssen, eingeflossen ist. Ihn interessiert weiter, ob Zahlen vorliegen, wie viele dieser Gartenpächter der ehemaligen Anlage wieder einen Garten pachten.

Herr Steffen führt aus, dass die Kleingartenanlage „Früh auf“ gar nicht mehr mit im Kleingartenkonzept aufgenommen wurde. Die ehemalige Gartenanlage „Früh auf“ umfasste 55 Gärten, hiervon haben seiner Kenntnis nach 18 Pächter in anderen Kleingartenanlagen einen neuen Garten genommen, die übrigen haben ihren Garten aufgegeben.

#### **4. Information**

##### **4.1. Information zu Straßenbaumaßnahmen 2021 des Fachgebietes Tiefbau**

***Drucksachenummer: 0289/2020***

Herr Ullmann, Fachgebietsleiter des FG Tiefbau, stellt geplante und beantragte Maßnahmen vor, Maßnahmen im Haushaltsplan und sonstige außerhalb von Investitionsmaßnahmen.

Voran stellt er Maßnahmen, deren Förderung bis Oktober 2018 eingereicht waren, deren Umsetzung jedoch noch aussteht. Dabei sind der Plattenhübel, die Alte Jößnitzer Straße in Kauschwitz, die Straße Am Reuthhübel, die Taltitzer sowie die Straßberger Straße zu nennen. Nicht alle können im Haushaltsjahr 2021 umgesetzt werden und müssten ggf. weiter verschoben werden.

Neue Planungen, die im kommenden Jahr im Haushalt veranschlagt sind, sind die Pausaer Straße zwischen Fuchsloch und Kauschwitz, die Straße Nach dem Stadion sowie die Hauptstraße in Straßberg.

Es werden Planungen fortgeführt, für die bereits Vorplanungen existieren. Dazu zählen die Straßberger Straße ab der Siegener Straße stadtauswärts, die Neue Elsterbrücke sowie die Fortführung Neundorfer Straße. Bei der letztgenannten Maßnahme kann noch kein Fördermittelantrag eingereicht werden.

Investive Maßnahmen werden der Gehweg Lessingstraße, der Gehweg in der Eugen-Fritsch-Straße sein sowie der Wohnmobilstellplatz in der Auenstraße.

Für den Deckenbau erhält die Stadt ca. 583.000,00 EUR vom Land. Folgende Maßnahmen sollen davon durchgeführt werden. Die Karl-Friedrich-Schinkel-Straße im Chrieschwitzer Hang, die Bergstraße, die Kemmlerstraße, die Gottschaldstraße sowie die Chrieschwitzer Straße.

Sollten anschließend noch Mittel zur Verfügung stehen, können davon so genannte Puffermaßnahmen in Angriff genommen werden.

Daneben hat die Stadt erneut ein Gehwegprogramm aufgelegt. Von der Planung sind hierbei umfasst die Freiheitsstraße, die Reusaer Straße, die Kopernikusstraße sowie die Mammenstraße.

Ergänzend dazu hat die Stadt mit dem Umbau von Haltestellen in barrierefreie Haltestellen begonnen. In den kommenden beiden Haushaltsjahren sind dafür jeweils 50.000,00 EUR eingestellt. Hiervon werden 75 % gefördert. Geplant ist dieser Umbau für die Bushaltestelle Marie-Curie-Straße sowie für die Bushaltestelle nach der Friedrich-Schinkel-Straße.

Frau Bürgermeisterin Wolf ergänzt, dass die Fördermittelsituation im kommunalen Straßenbau unbefriedigend ist. Mittel für Maßnahmen, die in 2018 schon beantragt wurden, sind bis heute nicht bewilligt.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, fragt an, ob die Straßenbaumaßnahme Straßberger Straße erneut verschoben wurde. Darüber hinaus möchte er wissen, ob er richtig verstanden habe, dass die Hauptstraße in Straßberg quasi nur zur Hälfte hergerichtet wird. Weiterhin spricht er noch einmal die Kreisstraße in Kürbitz in Richtung Plauen bis zur Eisenbahnbrücke an. Er bittet die Bürgermeisterin, im Landratsamt die Dringlichkeit der Maßnahme zu unterstreichen.

Frau Bürgermeisterin Wolf begründet dies mit der Fördermittelsituation bis 2022 und hofft, dass die Situation sich nach 2022 verbessert und man wieder mehr Projekte in Angriff nehmen könne. Sie sagt weiterhin zu, die Kreisstraße in Kürbitz Richtung Plauen beim Landkreis anzusprechen. Sie weist jedoch darauf hin, dass die Fördermittelsituation dort auch keine andere sei.

Herr Stadtrat Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, möchte über den aktuellen Sachstand „Kuhfleckenweg“ informiert werden sowie den gemeinsamen Ausbau „Parken“ in der oberen Bahnhofstraße mit der WbG sowie der AWG.

Frau Bürgermeisterin Wolf führt dazu aus, dass es nicht gelungen sei, den „Kuhfleckenweg“ in den Haushalt der Stadt einzuordnen. Es fänden jedoch nach wie vor Gespräche mit AWG und WbG statt, welche eine Beteiligung an den Arbeiten signalisiert hätten.

Herr Alboth, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, möchte wissen, was die Stadt eigentlich durchschnittlich im Jahr investieren müsste, um wenigstens den aktuellen Zustand der Straßen halten zu können.

Herr Ullmann gibt die Summe, die jährlich allein für die Unterhaltung der Straßen nötig wäre mit ca. 2,5 Mio. EUR an. Es sei jedoch nie möglich, das gesamte Straßennetz einer Stadt ständig in gutem oder gar sehr gutem Zustand zu halten.

Herr Rappenhöhner, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, sorgt sich um die Verkehrsführung, wenn die Gottschaldstraße instandgesetzt wird.

Bevor die Gottschaldstraße gebaut wird, wird nach den Ausführungen des Herrn Ullmann selbstverständlich ein Verkehrskonzept erstellt. Da es sich nicht um einen grundhaften Ausbau der Straße handelt, geht er überdies von einer eher geringen Bauzeit aus.

Ganz grundsätzlich möchte Herr Rappenhöhner wissen, warum die Stadt für die Instandhaltung von Staatsstraßen herangezogen wird.

Herr Ullmann erklärt dazu, dass die Stadt bei Bundesstraßenmaßnahmen nur in der Form beteiligt ist, dass sie Baulastträger der Gehwege ist oder wenn der städtische Verkehr in diesem Bereich 20 % übersteigt. Die Stadt ist zudem dann Baulastträger bei Staatsstraßen innerhalb der Ortslage, ab dem Ortsausgang geht die Straße in die Baulast des Landkreises über.

Herr Stadtrat Schumann, AfD-Fraktion, fragt an, ob in diesen Geldern auch die turnusmäßigen Brückenprüfungen enthalten sind.

Die genannten Summen sind nach Mitteilung des Herrn Ullmann nur für Baumaßnahmen und Planung bestimmt. Für Brückenprüfungen, Gutachten, etc. stehen im Haushalt weitere 30.000,00 EUR separat zur Verfügung.

Herr Stadtrat Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bringt vor diesen knappen Budgets den Eigenanteil der Stadt in Höhe von 5,0 Mio. EUR ins Gespräch, welcher für das 50-Mio.-Projekt aufzubringen ist und bittet darum, über eine Rückgabe der Summe nachzudenken.

Frau Bürgermeisterin Wolf verweist auf die Ausführungen der Kämmerin im kommenden Stadtrat.

Herr Roscher, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, erkundigt sich, weshalb die Verlängerung Beethovenstraße in Jöbnitz entsteht, ältere und seiner Meinung nach dringlichere Vorhaben jedoch immer wieder verschoben werden.

In Jöbnitz werden drei Grundstücke in städtischem Besitz als Eigenheimbau land dem Markt zugeführt teilt Frau Bürgermeisterin Wolf mit. Zu diesem Zweck musste eine Erschließung erfolgen und nachgewiesen werden. Diese Kosten konnten mit den Erlösen aus den Verkäufen mehr als gedeckt werden.

## **5. Vorberatung**

### **5.1. Verlängerung der Sanierungsgebiete „Plauen-Altstadt“ und „Östliche Bahnhofsvorstadt“**

***Drucksachenummer: 0287/2020***

Herr Löffler, FGL Stadtplanung und Umwelt, stellt die Vorlage vor.

Grundsätzlich sollen durch Förderprogramme und Satzungen städtebauliche Missstände behoben werden.

Er geht zunächst auf die Städtebauförderung ein und nennt die aktuellen Gebiete der Städtebauförderung sowie der Europaförderung und stellt deren Lage im Stadtgebiet grafisch dar. Künftig werden einige Fördergebiete neue Namen erhalten. Es wird lediglich noch drei Förderprogramme geben, in welchen jedoch mehrere andere Programme hineinfließen sollen.

Die bisherigen Sanierungsgebiete, welche vor 2007 erlassen wurden, laufen nach § 235 BauGB am 31.12.2021 aus und wären damit aufzuheben. Dem soll vorgegriffen werden, indem die Sanierungsgebiete rechtzeitig verlängert werden.

Das Sanierungsgebiet „Burgstraße“ ist abgeschlossen und wird aufgehoben werden. Hierzu hat der Stadtrat bereits 2018 die Satzung zur Aufhebung beschlossen.

Herr Löffler spricht sich aber für die Verlängerung der Sanierungsgebiete „Altstadt“ sowie „Östliche Bahnhofsvorstadt“ aus. Gerade auch für Private wird die Sanierung ihrer Immobilie dadurch attraktiver.

Obwohl schon einige städtebauliche Missstände behoben wurden, gibt es in einigen Gebieten in diesen Sanierungsgebieten noch Handlungsbedarf. Bei einigen privaten Gebäuden wurde die steuerliche Abschreibung bislang noch nicht in Anspruch genommen. Auch hier zeigt Herr Löffler einige beispielhafte Fotos. Seiner Erfahrung nach zieht eine Straßensanierung häufig auch die Sanierung privater Gebäude nach sich.

Er geht ergänzend nochmals auf die Perspektiven und künftigen Überlegungen der Stadt ein und informiert darüber, in naher Zukunft ein Sanierungsgebiet in Haselbrunn ausweisen zu wollen. Im Haushalt seien dafür bereits Mittel beantragt worden.

Frau Bürgermeisterin Wolf wiederholt die klarstellende Aussage von Herrn Löffler, dass Sanierungs- nicht mit Fördergebieten gleichzusetzen sind. Die Sanierungsgebiete bilden stets die Grundlage für die Ausweisung von Fördergebieten.

Sie betont die zwei essenziellen Vorteile von Sanierungsgebieten. Zum einen die Unterstützung der privaten Eigentümer und zum zweiten, wenn eine Straße erneuert wird, dann würden keine Straßenausbaubeiträge erhoben.

Herr Stadtrat Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, spricht sich deutlich für eine Verlängerung der angesprochenen Sanierungsgebiete aus, ferner für die Ausweisung eines Sanierungsgebietes in Haselbrunn.

Herr Rappenhöner, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erkundigt sich, weshalb angedacht ist, das Sanierungsgebiet „Altstadt“ fünf Jahre zu verlängern, das Gebiet „Östliche Bahnhofsvorstadt“ jedoch nur vier. Er befürwortet ebenfalls die Ausweisung eines Sanierungsgebietes in Haselbrunn.

Herr Stadtrat Gerbeth, FDP-Fraktion, spricht sich ebenso für die Ausweisung eines Sanierungsgebietes „Haselbrunn“ aus und bittet um Bereitstellung der Präsentation an die Fraktionen.

Frau Bürgermeisterin Wolf sagt dies zu.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, möchte wissen, ob für die Anwohner der Sanierungsgebiete Kosten entstehen werden.

Herr Löffler bejaht dies. Zu Beginn eines Sanierungsgebietes wird für jedes Grundstück ein Wertgutachten erstellt, ebenso nach Abschluss desselben. Auf den dann i. d. R. erhöhten Grundstückspreis hat der Eigentümer bzw. die Eigentümer einen Ausgleichsbetrag zu zahlen.

Herr Stadtrat Schumann, AfD-Fraktion, stößt sich an der abschließenden Formulierung in der Vorlage, in welcher ausgeführt wird, dass bereits jetzt abzusehen sei, dass für die Umsetzung der Sanierungserfolge noch mindestens vier bzw. fünf Jahre benötigt werden. Er fragt deshalb, wieso die Verlängerung nicht gleich über einen noch längeren Zeitraum erfolgt.

Herr Löffler beantwortet die Frage des Herrn Rappenhöner bzw. des Herrn Schumann zusammen in dem er über die vom Gesetzgeber festgelegte Maximallaufzeit von 15 Jahren informiert, die ein Sanierungsgebiet bestehen soll, es sei denn, es wurde eine andere Frist festgelegt. Vor diesem Hintergrund klärt sich die noch verbleibende Restlaufzeit. Darüber hinaus hat er die Laufzeiten gegenüber den Aufsichtsbehörden zu begründen, weshalb die Stadt beschloss, die Sanierungsgebiete an die Laufzeiten der Fördergebiete zu koppeln. Eine nochmalige Verlängerung ist aus seiner Sicht nicht gänzlich ausgeschlossen.

Die Mitglieder des Stadtbau- und Umweltausschusses stimmen über die Verwaltungsvorlage **Drucksachennummer 0287/2020** ab.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt gemäß § 142 Abs. 3 Satz 4 BauGB, im Wege der Änderungssatzung, die Laufzeit der rechtskräftigen Sanierungssatzung „Plauen-Altstadt“ über den gesetzlich befristeten Zeitraum gemäß § 235 Abs. 4 BauGB, datiert mit dem 31.12.2021, bis zum 31.12.2026 zu verlängern.

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt gemäß § 142 Abs. 3 Satz 4 BauGB, im Wege der Änderungssatzung, die Laufzeit der rechtskräftigen Sanierungssatzung „Östliche Bahnhofsvorstadt“ über den gesetzlich befristeten Zeitraum gemäß § 235 Abs. 4 BauGB, datiert mit dem 31.12.2021, bis zum 31.12.2025 zu verlängern.

**Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, keine Enthaltung**

**6. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

Herr Stadtrat Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, spricht sich dafür aus, die Esse der Fa. Envia Therm zur 900-Jahr-Feier der Stadt anzustrahlen und schlägt für die Umsetzung die Firma LSD-LaserShowDesign Plauen vor. Die Firma Envia müsse jedoch noch überzeugt werden.

Frau Bürgermeisterin Wolf nimmt die Anregung mit.

**Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE, fragt mit Blick auf den Haushalt der kommenden beiden Jahre vor dem Hintergrund der Maßnahme „Oberlosa Teil 1“ wie die Stadt die Umsetzung dieses großen Vorhabens angehen will.**

Ferner schließt er an eine Frage aus dem letzten Ausschuss an und erkundigt sich, ob die Sächsische Bauordnung es zulässt, dass Schottergärten grundsätzlich in Zukunft untersagt werden könnten.

**Frau Bürgermeisterin Wolf sagt die Beantwortung seiner ersten Frage schriftlich zu.**

Seine zweite Frage wurde schriftlich beantwortet und geht ihm morgen zu.

Plauen, den

Plauen, den

Kerstin Wolf  
Bürgermeisterin

Mirko Rust  
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Lydia Grüner  
Schriftführerin

Danny Przisambor  
Stadtrat

**Anlage**

Präsentation des Herrn Löffler